

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 24 – Pflegekosten dürfen nicht in die Armut führen – Eigenanteile deckeln

Dazu sagt die pflegepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 102.19 / 07.03.2019

Pflegekosten:

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen dürfen nicht allein gelassen werden

Pflege ist ein Schwerpunktthema in der Jamaika-Koalition. Und das aus gutem Grund. Bei der Pflege brennt es an allen Ecken und Enden: In den Krankenhäusern, in den Pflegeheimen und in der ambulanten Pflege. Die Pflege ist selbst zum Pflegefall geworden.

In Schleswig-Holstein beziehen etwa 109.000 Personen Leistungen der Pflegeversicherung. Das zeigt, wie viele Menschen bei uns betroffen sind. Und die Kosten hierfür steigen an. Für viele führt die Pflegebedürftigkeit in die Armut und das wollen wir mit unserer Initiative ändern!

Wenn das Pflegepersonal mehr Geld bekommt, dann unterstützen wir Grüne das aus vollem Herzen. Zu guten Arbeitsbedingungen gehört auch eine gute Bezahlung. Bisher wurden Lohnerhöhungen eins zu eins nur auf die Pflegebedürftigen umgelegt. Wer das finanziell nicht mehr schultern konnte, musste zum Sozialamt gehen. Auch das wollen wir ändern.

Wir wollen die Finanzierung der Pflege auf breitere Schultern stellen. Das ist für uns eine Frage der Solidarität. Wir wollen einen Deckel, eine Begrenzung des Eigenanteils einziehen. Das ist eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung und die ist aus meiner Sicht auch dringend erforderlich.

Unser Sozialminister Heiner Garg hat schon im Dezember 2018 auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz einen entsprechenden Vorstoß unternommen. Auch in Richtung Bundesrat sind wir von Jamaika schon aktiv geworden. Das zeigt: Das Thema Pflege ist bei uns in guten Händen!

67 Prozent wurden zu Hause gepflegt, von Angehörigen, mit und ohne Pflegedienst. Bundesweit beziehen 37 Prozent der Bewohner*innen von stationären Pflegeeinrichtungen „Hilfe zur Pflege“ vom Sozialamt. Das sind 300.000 Menschen. Sie können den Eigenanteil nicht alleine aufbringen.

Dieser liegt im bundesweiten Durchschnitt für die stationären Pflegekosten bei 618 Euro. Achtung! Allein die Pflegekosten, die Kosten für Unterbringung und Verpflegung kommen da noch oben drauf. Das kann sich nur leisten, wer im Alter finanziell ziemlich gut da steht. Und das sind immer weniger.

In der ambulanten Pflege kommen 77.000 weitere Pflegebedürftige dazu, die Hilfe zur Pflege benötigen (3 Prozent). Wir dürfen alle diese Menschen nicht alleine lassen! Hier ist unsere gesamtgesellschaftliche Verantwortung gefragt. Genau dieser Verantwortung stellen wir uns. Wir stecken den Kopf nicht in den Sand. Wir handeln.

In der Küstenkoalition haben wir viel für die Pflege getan. Meiner Fraktion und mir ist es wichtig, dass das in der Jamaika-Koalition so weiter geht. Und das tut es auch. Der vorliegende Antrag fordert eine Deckelung des Eigenanteils in der stationären und in der ambulanten Pflege. Die Diakonie fordert dies ebenfalls und auch die Jamaikafractionen haben dieses Ziel. Der Antrag vertritt die Auffassung, dass die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen mit den Kosten der Pflege nicht allein gelassen werden dürfen.

Das finden wir Grüne auch. Und Jamaika ebenso. Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene für diese Ziel einsetzt. Schön – aber zu spät. Sie hat das schon getan! Und sie wird das natürlich auch weiter tun. Sozialminister Heiner Garg hat schon im November 2018 auf der Arbeits- und Sozialminister*innenkonferenz einen entsprechenden Vorstoß unternommen.

Auch in Richtung Bundesrat sind wir bereits aktiv gewesen. Schleswig-Holstein ist der Bundesratsinitiative von Hamburg zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung als Mitantragstellerin bereits beigetreten. Und deren Inhalt deckt sich mit den Vorstellungen des vorliegenden Antrag eins zu eins.

Liebe Kolleg*innen,

wir haben schon getan, worum ihr uns bittet. In Sachen Pflege verbindet uns an dieser Stelle ein gemeinsames Ziel! Ich würde mich deshalb freuen, wenn wir heute hierzu auch einen gemeinsamen Beschluss fassen könnten. Für die Menschen in unserem Land. Zur Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen. Für mehr gesamtgesellschaftliche und mehr staatliche Verantwortung in der Pflege.
